

Gedenkveranstaltung für die Opfer des Terrorjahres 1977

Friedrichstadtkirche am Französischen Dom Berlin, 18. Oktober 2002

Prof. Dr. Bernd Fahrholz, Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank AG:

Sehr verehrter Herr Bundespräsident! Sehr verehrte liebe Frau Ponto! Sehr verehrte Frau Schleyer!
Verehrte Frau Herrhausen! Angehörige der Opfer des RAF-Terrorismus! Kardinal Lehmann!
Arbeitgeberpräsident Hundt! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren!

Das Jahr 1977 mit seinen terroristischen Attacken wird immer wieder als „deutscher Herbst“ bezeichnet, in Anlehnung an einen Filmtitel. Die Metapher vom deutschen Herbst trifft den Sachverhalt aber nur ungenau. Der Herbst ist eine immer wiederkehrende Jahreszeit. Wer sich an Herbstgedichte erinnert, erinnert sich an Melancholien.

Der Terrorismus der 70er-Jahre ist aber kein Anlass zu Melancholie. Er ist vielmehr Anlass zur Trauer, zur Nachdenklichkeit – und auch zum Handeln. Unsere Republik hat auf die Verbrechen in den 70er-Jahren nicht melancholisch reagiert, sondern entschlossen gehandelt. Diese Entschlossenheit war letztlich alternativlos, wie es auch der Herr Bundespräsident gerade wieder angesprochen worden. Im anderen Falle wäre Deutschland erpressbar geworden, für deutsche Terroristen, aber auch für Terroristen aus anderen Ländern.

Die Regierenden von damals, an der Spitze Bundeskanzler Helmut Schmidt, wurden auf eine harte, vielleicht die bis dahin größte Bewährungsprobe in der Geschichte unserer Bundesrepublik gestellt. Sie haben sie bestanden. Der Herbst 1977 war eine dunkle Zeit und sie erforderte von der Politik harte Entscheidungen – Entscheidungen, die auf Leben und Tod getroffen werden mussten. Es gab Opfer: Hanns Martin Schleyer, heute vor 25 Jahren. Jürgen Ponto, mein Kollege, war unter ihnen. Die Umstände seines Todes waren auf besondere Weise infam. Jürgen Ponto – ein großartiger Mensch, der den Prinzipien von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie ebenso verbunden war, wie er ein großer Unternehmer war und ein großer Liberaler. Aber es war ja gerade die perfide Logik der RAF, die Besten zu treffen.

Das Leben eines jeden dieser Opfer ist bitter zu beklagen. Und auch wenn es für die Angehörigen nie ein Trost sein kann – wie es der Herr Bundespräsident eben schon angesprochen hat –, so können wir dennoch sagen: Ihr Tod hat unsere Gesellschaft etwas gelehrt.

Der 18. Oktober ist ein Schicksalstag in der jungen Geschichte der Bundesrepublik. Die Befreiung der Geiseln in Mogadischu, die Selbstmorde in Stammheim, die vorausgegangenen Morde der RAF haben unserem Lande eigene Erfahrungen vom Umgang mit dem Terror vermittelt. Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, waren nie gezwungen, in einer Weihnachtsrede so zu sprechen wie einer Ihrer Vorgänger, Walter Scheel. Bundespräsident Scheel sagte in seiner Weihnachtsansprache 1977 – Zitat –:

„Mein Gruß gilt nicht zuletzt jenem Vater, der mir vor wenigen Wochen geschrieben hat, dass seine 20-Jährige Tochter plötzlich und ohne Hinweis, ohne Abschied verschwunden sei und seitdem als Angehörige einer terroristischen Vereinigung gesucht werde.“

Dass es derartige Briefe heute in Deutschland nicht mehr gibt, hat mit der klaren Haltung unseres Staates in der Kraftprobe des Jahres 1977 zu tun. Wir haben diese Kraftprobe bestanden – weil sich der demokratische Rechtsstaat und die offene Gesellschaft treu geblieben sind und weil Staat und Gesellschaft die ideologische Auseinandersetzung ernst genommen haben und gewonnen haben.

Aber wir wollen uns nichts vormachen: Damals gab es eine Minderheit, die Gewalt gegen den Staat mindestens klammheimlich mittrug. Das ist vorbei. Genauer: Diese Minderheit ist heute mikroskopisch klein. Die Gesellschaft der Bundesrepublik hat ihren RAF-Terrorismus besiegt. Nur, meine Damen und Herren: Die RAF ist heute Geschichte, der Terrorismus ist es nicht.

„Diese Welt ist mit Trümmern übersät worden, weil der Verstand nicht mehr zu Wort kam.“ Dieser Satz Jürgen Pontos gilt auch heute noch, erst recht nach dem 11. September 2001 und nach den Anschlägen von Djerba und auf Bali. Dieser neue Terrorismus zielt zwar in erster Linie auf die Vereinigten Staaten und auf Israel. Aber er geht darüber hinaus. Er zielt auf die ganze freie Welt, zu der er sich in einem fundamentalen kulturellen Gegensatz sieht. Schon deshalb ist dieser Terrorismus eine neue, eine massive Herausforderung für Staat und Gesellschaft, gerade auch hier bei uns in Deutschland.

Auch wir, die deutsche Wirtschaft, sind massiv gefordert. Der fundamentalistisch eingebettete Terror zielt auch gegen die Marktwirtschaft und damit gegen Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie, die Basis der Marktwirtschaft, national wie global. Heute, nicht anders als vor 25 Jahren, muss die Gesellschaft gemeinsam und entschlossen handeln. Dies setzt einen rechtzeitigen, umfassenden Dialog voraus. Nur so bewahrt sich die Gesellschaft vor schmerzhaften Lernprozessen wie denen des schrecklichen Jahres 1977. Was kommunikativ aufgearbeitet wird, liegt nicht als Handgranate herum.

Wenn ich von Dialog spreche, meine ich nicht unverbindliche Diskussionen auf Symposien oder Public-Relations-Veranstaltungen. Vielmehr müssen wir auf die drängenden praktischen Fragen sehr konkrete Antworten finden. Lassen Sie mich dies an einer politischen und an einer wirtschaftlichen Fragestellung festmachen.

Die erste hat der seinerzeitige Chef des Bundeskriminalamtes Horst Herold vor dem Hintergrund der schrecklichen Ereignisse des Jahres 1977 formuliert, indem er sagte – Zitat –:

„Der Bundesgesetzgeber hat es unterlassen, verfassungskonforme gesetzgeberische Vorkehrungen zu treffen, eine zentral gesteuerte Gefahrenabwehr für derartige, jederzeit wieder mögliche Notlagen zu schaffen.“

Sind wir wirklich sicher, dass die Forderungen Herolds inzwischen erfüllt sind? Sind wir wirklich sicher, dass uns nicht neue terroristische Angriffe wieder unvorbereitet – oder zumindest teilweise unvorbereitet – treffen?

Die zweite Frage ist eine der Politik an die Wirtschaft, meine Kollegen und mich; darauf möchte ich etwas näher eingehen. Ich meine das Thema der Globalisierung. Warum? – Gestalten wir die Globalisierung wirklich in einer Weise, die verhindert, dass erneut Protest in Gewalt umkippt, in Terrorismus umkippt? Nehmen wir die Sorgen und Ängste ernst, die viele Menschen beim Thema Globalisierung beschleichen? Die Proteste bei Weltbanktagungen, bei Treffen der Welthandelsorganisation, bei den G8 dürfen nicht zu einer Bunkermentalität in der Wirtschaft führen. Wir müssen zuhören und miteinander sprechen – etwa dann, wenn Globalisierungskritiker schlichtweg behaupten, die Globalisierung führe zu kultureller Verarmung und Überfremdung, etwa dann, wenn gesagt wird, die Globalisierung nutze nur den reichen Nationen und vergrößere die Kluft zwischen Arm und Reich.

Ich meine, dass wir in dieser Debatte über die Globalisierung zwei Dinge unterscheiden müssen: Brauchen wir die Globalisierung und, wenn ja, welche Leitplanken wollen wir setzen, um sie in sozialer Verantwortung zu gestalten? Ja, wir brauchen die Globalisierung. Sie ist ein Wachstumsmotor und sie kann sich geradezu zu einer Wohlstandsmaschine entwickeln, so wie der freie Welthandel schon immer Wohlstand geschaffen hat. Aus der Binsenwahrheit, wonach eben nur das verteilt werden kann, was zuvor erwirtschaftet worden ist, folgt umgekehrt, dass mehr verteilt werden kann, wenn mehr erwirtschaftet wird. In einer wachsenden Weltwirtschaft, in einer, die mehr erwirtschaften kann, können viele gesellschaftliche, wirtschaftliche, wirtschaftspolitische und umweltpolitische Probleme leichter gelöst werden als in einer stagnierenden oder gar schrumpfenden. Die Armut in der Welt, die Bevölkerungsexplosion und das von Menschen gemachte Klimaproblem beruhen maßgeblich auch auf einem Mangel an Wachstum. Die Globalisierung schafft offenere, transparentere Märkte, sie verbessert die Nutzung knapper Ressourcen, sie befördert Technologieschübe.

Die Trümpfe vieler Entwicklungsländer, ihre spezifischen Vorteile, nämlich ihre Arbeits- und Standortkosten, lassen sich am ehesten ausspielen, wenn sie auf vernünftige Weise in den Globalisierungsprozess eingebunden werden. In China und in Indien, den zwei bevölkerungsreichsten Ländern dieser Erde, gibt es dafür positive Ansätze. Die Internationale Arbeitstagung hat sich hier also nachweislich bewährt. Wir brauchen den weiteren Abbau von Handelshemmnissen, nationalen Subventionen und sonstigen Schutzmaßnahmen für heimische Wirtschaften. Darüber hinaus brauchen wir sachgerechte Rahmenbedingungen wie insbesondere Rechtssicherheit.

Nur, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, eines muss sehr klar sein: Die Globalisierung darf nicht zu einer Wiederauflage des Manchestertums des vorvergangenen Jahrhunderts führen. Es muss ein Grundverständnis darüber geben, dass den wirtschaftlich Schwächeren spürbar und effizient geholfen wird. Ich rede nicht einem globalen Turbokapitalismus das Wort. Die Erde darf sich eben nicht zu einem Planeten entwickeln, in dem das Recht des wirtschaftlich Stärkeren gilt. Die Sozialbindung des Eigentums, wie wir sie im deutschen Grundgesetz kennen, die erfolgreiche Idee der Marktwirtschaft, der sozial gebundenen Marktwirtschaft, in unserem Lande, können Ideengeber einer globaleren Wirtschaftsordnung sein, einer Ordnung, in der reiche Länder ihrer sozialen Verantwortung gegenüber schwächeren Ländern gerecht werden. Es geht mit anderen Worten um die Synthese der Begriffe – und zwar im positiven Sinne – von „Bereichert Euch!“ einerseits und „Eigentum verpflichtet.“ andererseits. Oder um es zeitgemäßer auszudrücken: um Shareholder Value plus Human Value.

Deswegen kann ich dem, was Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, in Ihrer viel beachteten Rede hier in Berlin am 13. Mai gesagt haben, nur aus vollem Herzen zustimmen. Wenn ich Sie zitieren darf:

„Die Globalisierung gestalten kann nur, wer klare Wertvorstellungen jenseits des Wirtschaftlichen hat.“

Die Umsetzung dieser Ideen ist im nationalen Kontext schwierig. Aber sie kann gelingen, wie das Beispiel Deutschland mit seiner sozialen Marktwirtschaft zeigt. Es liegt auf der Hand, dass ein Erfolg im „Weltdorf“, also im globalen Zusammenhang, weitaus schwieriger ist. Unterschiedliche Rechtssysteme, Kulturen, Religionen, unterschiedliche nationale Bindungen erleichtern eine einheitliche Weltwirtschafts- und Weltinnenpolitik nicht. Hier liegt die wahre Herausforderung. Wie groß diese Herausforderung ist, wird gerade in diesen Monaten bei uns in Europa deutlich: Der Weg zur Politischen Union scheint steinig zu verlaufen als der zur Währungsunion. Die Arbeiten des Europäischen Konvents an einer Verfassung für Europa haben bislang jedenfalls nicht den Schwung, den sich viele überzeugte Europäer – mich eingeschlossen – erhofft haben.

Die Wirtschaft muss sich etwa fragen, ob sie mit den Diskussionen über Corporate Governance in unserer Gesellschaft weit genug ist. Können wir überzeugend antworten, wenn Fälle von Bilanzbetrug wie bei Enron oder Worldcom auftreten? Müssen wir nicht vielmehr Kraft darauf verwenden, ethische Grundregeln im Umgang von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu formulieren? Die heutige Veranstaltung kann vielleicht dazu beitragen, den notwendigen Dialog zu befördern. Es darf nur nicht auf feierliche Gedenktage beschränkt bleiben. Wir brauchen strategische Dialoge, die Gegner von der Konfrontation zum Austausch von Argumenten bringen. Und wir brauchen den großen, durchaus kontroversen Dialog der Nationen und Kulturen. Nur dann kann auch die Globalisierungsdebatte im Griff behalten werden, ohne dass sie dazu führen kann, dass sich wieder terroristische Entwicklungen zeigen.

Irgendwann habe ich einmal den Satz gelesen: „Der Dialog ist die Muttersprache der Menschheit.“ Eigentlich müssten wir unsere Muttersprache perfekt beherrschen. So ist es aber nicht. Wir müssen sie immer wieder einüben – so auch heute, in Erinnerung an die Opfer des Terrorismus.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Stenographische Abschrift der am 18.10.2002 gehaltenen Reden; siehe hierzu auch: Gedenkveranstaltung für die Opfer des Terrorjahres 1977, Friedenskirche am Französischen Dom Berlin, 18. Oktober 2002, hrsg. v. Bernd Fahrholz, Hoffmann und Campe Verlag, 1. Auflage 2002)